

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

über die Plenarsitzung der Nordatlantischen Versammlung am 29. Mai 1988 in Funchal/Portugal

Die Nordatlantische Versammlung hielt ihre Frühjahrstagung vom 26. bis 30. Mai 1988 in Funchal ab. Bundestag und Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Bundestag:

Abg. Prof. Dr. Manfred Abelein (CDU/CSU), Leiter der Delegation

Abg. Klaus Beckmann (FDP)
Abg. Angelika Beer (DIE GRÜNEN)
Abg. Alfred Biehle (CDU/CSU)
Abg. Erwin Horn (SPD)
Abg. Lothar Ibrügger (SPD)
Abg. Dr. Dietmar Kansy (CDU/CSU)
Abg. Walter Kolbow (SPD)
Abg. Hans Koschnick (SPD)
Abg. Dr. Max Kunz (Weiden) (CDU/CSU)
Abg. Herbert Lattmann (CDU/CSU)
Abg. Dr. Alfred Mechtersheimer (DIE GRÜNEN)
Abg. Lorenz Niegel (CDU/CSU)
Abg. Peter Petersen (CDU/CSU)
Abg. Uwe Ronneburger (FDP)
Abg. Helmut Sauer (Salzgitter) (CDU/CSU)
Abg. Brigitte Traupe (SPD)
Abg. Karsten D. Voigt (Frankfurt) (SPD)
Abg. Werner Michael Weiß (Kaiserslautern) (CDU/CSU)
Abg. Dr. Norbert Wiczorek (SPD)
Abg. Benno Zierer (CDU/CSU)

Bundesrat:

Minister Karl Eduard Claussen (CDU), Schleswig-Holstein
Minister Dr. Heinz Eyrich (CDU), Baden-Württemberg

Staatsminister Rudi Geil (CDU), Rheinland-Pfalz
Minister Dr. Ottokar Hahn (SPD), Saarland
Senator Volker Kröning (SPD), Bremen
Staatsminister Dr. Georg von Waldenfels (CSU), Bayern

Am 29. Mai 1988 fand eine Sondersitzung mit einer Aussprache über den Bericht des von dem Präsidenten der Versammlung berufenen Sonderausschusses „Die NATO in den 90er Jahren“ statt.

1. Ansprache des portugiesischen Ministerpräsidenten Anibal Cavaco Silva
2. Ansprache des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington
3. Aussprache der Nordatlantischen Versammlung über den Bericht des Sonderausschusses „Die NATO in den 90er Jahren“

1.

In seiner Begrüßungsansprache bekräftigte der portugiesische Ministerpräsident Anibal **Cavaco Silva** die stets bündnistreue Haltung seines Landes. Alle demokratischen politischen Parteien Portugals räumten in der Außenpolitik der politischen wie auch der militärischen Mitarbeit im Bündnis eine prioritäre Stellung ein. Im Verlaufe von vierzehn Jahren habe in Portugal das demokratische System Stabilität gewonnen. Insbesondere das Wahlergebnis vom Juli 1987, in dem eine politische Partei die absolute Mehrheit erreichen konnte, habe die Regierung in die Lage versetzt, erforderliche strukturelle Reformen einzuleiten. Seit dem Beitritt Portugals zu den europäischen Gemeinschaften vor zehn Jahren habe sich die Modernisierung des Landes beschleunigt. Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung fühle sich das Land den Herausforderungen des für 1992 geplanten europäischen einheitlichen Binnenmarktes gewachsen. Mit Zuversicht blicke Portugal einem Europa entgegen, in dem Frei-

zügigkeit für Arbeitnehmer, Dienstleistungen, Güter und Kapital herrschen werde. Die stetige wirtschaftliche Expansion in den letzten Jahren habe die Inflationsrate entscheidend gesenkt, die Arbeitslosigkeit bedeutend gemildert und schließlich auch in der Handelsbilanz von Defiziten zu deutlichen Überschüssen geführt.

Abrüstungspolitisch unterstütze Portugal die INF-Vereinbarungen der Supermächte und befürworte die 50 %ige Reduzierung der nuklearen strategischen Offensivwaffen. Gleichwohl müsse das Bündnis weiterhin über eine glaubwürdige atomare Abschreckungskapazität verfügen und die Strategie der flexiblen Erwidern beibehalten. Unabdingbare Voraussetzung zur Schaffung eines neuen Ost-West-Verhältnisses seien nach wie vor der Zusammenhalt und die Solidarität der westlichen Bündnispartner. Portugal werde alles tun, was die Bande zwischen dem europäischen und dem amerikanischen Pfeiler des Bündnisses stärke. Innerhalb des Bündnisses könne die Westeuropäische Union im Rahmen ihrer formulierten Plattform von 1987 eine wertvolle Verstärkung der europäischen NATO-Komponente darstellen. Insbesondere auf politischer Ebene sollte die Tätigkeit der Westeuropäischen Union ausgebaut werden.

Abschließend erinnerte Ministerpräsident **Cavaco Silva** an die besonderen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bande seines Landes zu den portugiesischsprechenden afrikanischen Ländern und zu Brasilien. Für Portugal bedeuteten diese jahrhundertealten Beziehungen eine historische Verantwortung. In Südafrika müsse die Apartheid abgeschafft werden und Namibia die Unabhängigkeit erlangen. Portugal setze sich hier für eine friedliche Lösung durch Verhandlungen zwischen allen Beteiligten und ohne externe militärische Einmischung ein. Nur auf diese Weise könnten realistische Lösungen gefunden werden, die Frieden und Entwicklungsmöglichkeiten eröffneten. Portugal feiere in diesem Jahr mit Stolz den 500sten Jahrestag weltweiter Unternehmungen in Asien, Amerika und Afrika, durch die es einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Menschheit geleistet habe. In dem Nordatlantischen Bündnis sehe Portugal auch für die Zukunft den Garanten für Frieden und Freiheit in Westeuropa und sei bereit, hierzu seinen Beitrag zu leisten.

2. Ansprache von Lord Carrington, NATO-Generalsekretär und Vorsitzender des Nordatlantikrates:

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

...

Dies ist eine der letzten Reden, die ich als Generalsekretär halten werde. Das ist ein Gedanke, der für mich fast so tröstlich wie für Sie erleichternd ist. Wenn ich jetzt zu parlamentarischen Dingen zurückkehre, wird Manfred Wörner die parlamentarische Ebene gegen die internationale eintauschen. Er ist der beste Mann, den ich mir denken kann, wenn es darum geht, diesem Bündnis zu dienen. Er weiß besser als jeder andere, daß es praktisch nicht möglich ist, die Sicher-

heitspolitik von den praktischen Aspekten der Verteidigung zu trennen. Und das ist es auch, was vor zwanzig Jahren in den Berichten der NATO immer wieder unterstrichen wurde. Ich glaube, wir tun gut daran, dieselben Grundsätze auch heute anzuwenden.

...

Meine Tage, in denen ich mich ganz speziell für NATO-Belange einsetzte, gehen ihrem Ende zu, und ich möchte mich deshalb hier auf die Fragen beschränken, die meiner Ansicht nach Ihre Aufmerksamkeit in den nächsten zwei Jahren am stärksten beanspruchen dürften.

Die Sicht der Dinge durch die Öffentlichkeit und das Berücksichtigen der Öffentlichkeit ist besonders auf dem Verteidigungssektor schwierig. Diejenigen von uns, die für die NATO arbeiten, können und sollten zu einer Zeit, wo der Krieg zu einer blassen Erinnerung geworden ist, nicht erwarten, geliebt zu werden. Dem Bündnis schlagen Gleichgültigkeit, Abneigung, ja manchmal auch Unverständnis entgegen. Uns gilt nicht der Beifall wie anderen, die in der Technologie, im sozialen Bereich und in der Kunst arbeiten, obwohl unsere Aufgabe darin besteht, die Grundlagen der Sicherheit zu fördern, ohne die niemand von uns bestehen oder überleben könnte.

Wenn es zu einer Stagnation in den Ost-West-Beziehungen und einem Ausbleiben des Rüstungskontrolldialogs kommt, wie es in den frühen 80er Jahren der Fall war, sieht die Öffentlichkeit die NATO als eine Organisation, die sich nur um das Wettrüsten kümmert. Es kam zu Enttäuschungen, auch bei sonst ganz vernünftigen Leuten, und diese begannen langsam, von extremistischen oder utopischen Ansichten angezogen zu werden, wie sie z. B. die Friedensbewegung vertritt.

Wenn es Fortschritte in den Ost-West-Beziehungen und Rüstungskontrollvereinbarungen gibt, wie wir sie jetzt im INF-Bereich haben, dann besteht eine genauso selbstverständliche Tendenz, sich dem anderen Extrem zuzuwenden, nämlich euphorisch zu werden und die Notwendigkeit von Verteidigungsanstrengungen generell in Frage zu stellen und mehr und schnellere Fortschritte in anderen Rüstungskontrollbereichen zu verlangen, als dies unter dem Aspekt der Durchführbarkeit und Sicherheit möglich ist.

Heute müssen wir uns insbesondere mit dem letztgenannten Dilemma befassen. Wenn ich zwischen beiden Situationen zu entscheiden hätte, wüßte ich, wofür ich mich entscheide. Es ist sehr viel besser, mit dem Problem des eigenen Erfolgs fertig zu werden als mit dem Mißerfolg oder einem kalten Krieg. Es gibt aber auch mehr Gründe für den gegenwärtigen Optimismus als es in der Vergangenheit geben konnte. Es tut sich ja wirklich etwas in der Sowjetunion, etwas, was sich sehr von dem unterscheidet, was wir bisher in den letzten 40 Jahren erleben konnten. Herr Gorbatschow ist ganz offensichtlich ein echter Reformator, der versucht, das sowjetische System und seine Arbeitsweise — in bezug auf die Führung von Industrie und Landwirtschaft neu zu strukturieren und Änderungen herbeizuführen in bezug auf die Haltung des russischen Volkes gegenüber Politik, Geschichte und Kultur und auch in bezug auf die Führung der Außenpolitik.

Es ist gleichzeitig aber auch klar, warum er es versucht. Der wirtschaftliche Mißerfolg der Sowjetunion bedeutet, daß sie heute um eine ganze industrielle Revolution hinter dem Westen hinterherhinkt und es radikaler Kuren bedarf, wenn die sich weitende Kluft nicht auf ewig bestehen bleiben soll, wobei allerdings beträchtlicher Anlaß zu Zweifeln bleibt, ob eine solche Reform gelingen kann oder mit dem Marxismus/Leninismus vereinbar ist, an dem festzuhalten Gorbatschow noch immer behauptet.

Es gibt allerdings keinen Grund, an den Möglichkeiten zu zweifeln, die ein solcher Weg eröffnet. Der Großeinsatz für die wirtschaftliche Entwicklung bedeutet, daß Gorbatschow ein echtes Interesse an der Senkung der Militärausgaben hat, um Mittel für den zivilen Sektor freizubekommen. In ähnlicher Weise braucht er eine Außenpolitik, die darauf angelegt ist, für eine Periode der Stabilität zu sorgen, in der er sich auf sein Reformprogramm im Inneren konzentrieren kann.

Das ist das Bild, das sich die Öffentlichkeit von der Sowjetunion macht, wenn sie sieht, daß die Sowjets sich aus Afghanistan zurückziehen, ein Vorgang, der vor vier oder fünf Jahren noch undenkbar gewesen wäre. Die Öffentlichkeit sieht, daß die Sowjetunion sich allgemein bei internationalen Fragen kooperativer verhält, auch die Menschenrechtssituation langsam zu verbessern beginnt und sich an einem Dialog beteiligt, wie es ihn bislang noch nicht gegeben hat. Das Fernsehen zeigt uns Shultz und Schewardnadse, die sich im Abstand von wenigen Wochen mehrfach treffen, und zeigt uns die Gipfelkonferenzen der Großmächte, die in Abständen von einigen Monaten stattfinden.

Aber wenn das Pendel der öffentlichen Meinung, das von einer Götterdämmerungstimmung auf Morgenrötestimmung umgeschwungen ist, nicht wieder zurückschlagen soll, dann müssen wir auch einen gewissen Grad an Realität in den Lauf der Dinge einbringen, denn es geht nicht nur darum, auf sowjetische Absichten zu reagieren, so ehrlich sie auch sein mögen. Es muß auch darum gehen, sich der grundlegenden Tatsachen und militärischen Fähigkeiten zu erinnern, und das wird ganz unvermeidlich die Geschwindigkeit und die Vorsicht, mit der wir vorgehen sollten, beeinflussen.

Ich darf vielleicht einige Punkte anführen, die Anlaß zur Vorsicht geben sollten. Zunächst einmal die militärische Macht, einschließlich derjenigen im Weltraum. Die militärische Geschichte ist die einzige Erfolgsgeschichte, die die Sowjetunion vorzuweisen hat und die sie zur Großmacht gemacht hat. Dies ist ein Bereich, wo die Sowjetunion im Vergleich zum Westen günstig dasteht. So gesehen besteht Anlaß zur Skepsis, und die Frage taucht auf, wie rasch und inwieweit die Sowjets ihren militärischen Vorteil aufgeben werden für ein wirtschaftliches Wachstum, das auf jeden Fall ungewiß ist und das sie auch im besten Fall nicht zu einem ernsthaften Konkurrenten der westlichen Wirtschaften machen dürfte.

Zweitens sind Traditionen ja nun immer tief verwurzelt. Herr Gorbatschow versucht, sein eigenes System zu besserem Funktionieren zu bringen, nicht aber, es

zu einem anderen, seines Erbes ledigen System zu machen. Europa, insbesondere Westeuropa, war lange Anlaß zur Sorge für die Sowjetunion angesichts der erfolgreicher, populärer und stabileren Regierungen Europas. Die Vorsicht sagt uns, daß jedes Regime in Moskau, egal unter welchen Umständen, sich bemühen dürfte, weiter traditionelle Ziele zu verfolgen: die Ausweitung des sowjetischen Einflusses auf Europa und die Verringerung des amerikanischen Einflusses, eine Schwächung der NATO und eine Denuklearisierung dieses Gebietes.

Und schließlich drittens: Was die nackten Tatsachen angeht, so ist bisher keine Reduzierung der sowjetischen Militärmacht eingetreten, keine Verringerung der Rate, mit der neue Panzer, Schiffe und Flugzeuge aus der Produktion kommen. Die Ausgaben für Beschaffung steigen trotz Gorbatschows Friedenspolitik und seinem Interesse an einer Verlangsamung der Militärprogramme um fast 3 Prozent pro Jahr. Es könnte sehr wohl sein, daß Gorbatschow, der in der Lage ist, etwas zu erreichen, sich aber nicht dafür entscheidet. Es könnte sehr wohl sein, daß er es versucht hat, daß er aber nicht in der Lage ist, schnelle Ergebnisse vorzuweisen. Es handelt sich hier um einen Bereich, wo die Interessen tief verwurzelt sind, und es dauert immer eine lange Zeit, bis das Tempo der militärischen Programme verlangsamt werden kann. Aber in jedem Fall sollten wir uns darauf einstellen, daß uns noch lange Verhandlungen bevorstehen.

Das ist die Wirklichkeit, die wir unserer Öffentlichkeit, die in dem Bann von Glasnost steht, vor Augen führen müssen. Aber wenn wir das tun, müssen wir natürlich den Eindruck vermeiden, daß es irgendeinen Widerstand oder ein Zögern unsererseits gibt, für bessere Ost-West-Beziehungen auf einem niedrigeren Rüstungsniveau einzutreten. Übertriebene Erwartungen müssen natürlich gebremst werden, wenn sie sich auf Illusionen stützen, wie z. B. auf atomwaffenfreie Zonen, nichtatomare Regenbogen oder ein gemeinsames Haus Europa. Man muß ihnen auch entgegenwirken, um nicht die positive Nachricht zu verschleiern, die hinter den übertriebenen Signalen steht. Gorbatschow ist tatsächlich jemand, mit dem wir reden können — vorausgesetzt, wir tun es in vernünftiger Weise.

Wir sind gerade im Begriff, die gesamte Bandbreite der Rüstungskontrollverhandlungen zu entfalten. Nachdem der START-Prozeß weitergeht, würde es mich nicht überraschen, wenn auch die Gespräche über konventionelle Stabilität im Herbst begännen und auch die Arbeiten für ein Verbot der chemischen Waffen im nächsten Jahr beschleunigt werden könnten. Es wird mehr Druck geben, die schauplatzgebundenen nuklearen Waffen in eine der Verhandlungsrunden aufzunehmen. Die Sowjetunion wird weiter taktisch so vorgehen wie während des INF-Prozesses und wird sich bemühen, die öffentliche Meinung über die Köpfe der westlichen Regierungen hinweg für sich zu gewinnen. Es ist deshalb bei diesen ganzen Fragen wesentlich, daß wir uns darüber im klaren sind, was wir eigentlich zu erreichen suchen, daß wir es auch unserer Öffentlichkeit klar zu machen verstehen und ihr Verständnis für das, was wünschenswert oder vernünftig ist, gewinnen können. Dies ist nun weder Ort

noch Zeit, mich mit den Einzelheiten und den einzelnen Verhandlungsergebnissen zu befassen. Ich darf vielleicht einfach nur einige Grundsätze wiederholen.

Es ist so leicht zu vergessen, daß Rüstungskontrolle allein aber kein Selbstzweck ist, eine Tugend, die die Belohnung schon enthält. Diese Prozesse können natürlich große Vorteile mit sich bringen — Vertrauen vergrößern und Möglichkeiten schaffen, damit Wertvorstellungen des Westens nach Osteuropa einfließen. Aber das läßt sich nur dann erreichen, wenn die Rüstungskontrolle erst einmal das erreicht, was sie erreichen soll. Sie steht und fällt damit, ob durch sie wirklich die Sicherheit verstärkt oder zumindest auf einem niedrigeren Rüstungsniveau erreicht werden kann.

Eine adäquate Verifizierung ist eine absolut wesentliche Voraussetzung. Absolute Perfektion ist auf diesem Gebiet zweifellos unmöglich, aber Vereinbarungen, denen man nicht trauen kann, sind für meine Begriffe schlimmer als keine Vereinbarungen, weil dadurch nur zusätzliche Spannungen und Mißtrauen entstehen. Es ist aber auch unrealistisch, sich Hoffnungen zu machen in bezug auf eine baldige Verringerung der Rüstungsausgaben durch Rüstungskontrolle. Atomare Rüstungskontrolle wird keine großen Einsparungen erbringen und schon gar keine für die Europäer. Auch im konventionellen Bereich sind die Asymmetrien derart, daß, wenn es nicht zu einem wirklich radikalen Abbau kommt, nur der Warschauer Pakt Vorteile durch finanzielle Einsparungen haben dürfte und nicht wir. Eine Vereinbarung z. B., die auf gleichen Höchstgrenzen basierte, würde den Warschauer Pakt verpflichten, sehr viel mehr zu zerstören, zurückzuziehen oder abzubauen, als wir es tun müßten.

Die Aufgabe, stabilere Ost-West-Beziehungen aufzubauen, läßt sich nicht allein durch Rüstungskontrolle erreichen. Da stellt sich die Frage der grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten. Und wenn wir nur den militärischen Weg einschlagen, werden wir vielleicht zu der Schlußfolgerung gelangen, daß wir nicht genug getan haben, um die grundlegenden Probleme zu lösen, die es schließlich erforderlich machten, die NATO zu gründen und Verteidigungsvorkehrungen zu treffen.

Hinter dem ganzen steckt die Notwendigkeit, aus einer Position der adäquaten militärischen Stärke und der politischen Einheit zu verhandeln. Die INF-Vereinbarung ist deshalb erreicht worden, weil wir das Modernisierungsprogramm durchführten, das wir brauchten, um unsere Abschreckung auf dem neuesten Stand zu halten. Wir zeigten, daß wir uns nicht einschüchtern lassen wollten, und wir haben auch keine einseitige Abrüstung betrieben. Wir haben unsere Karten für die Verhandlung nicht aus der Hand gegeben und haben damit ein ausgeglichenes Ergebnis ermöglicht. Können wir dieselbe Lehre auch für die Zukunft anwenden, dann wird sich INF als ein historischer Meilenstein für unsere Sicherheit erweisen.

Das alles aber nun der Öffentlichkeit klarzumachen in einer Zeit des politischen Dialogs, der auf eine zu-

kunftsorientierte Verteidigung ausgerichtet ist, das wird eine Herausforderung für alle diejenigen bleiben, die sich ernsthafte Sorgen um die Stabilität und die Sicherheit im Westen machen.

Der andere wichtige Bereich, in dem nach meiner Ansicht die führenden Politiker und Abgeordneten der Allianz eine wichtige Rolle zu spielen haben, ist ein konstruktives Anpacken der Frage der Lastenteilung. Das wurde bereits in dem Ausschußbericht über die „NATO in den 90er Jahren“ getan, den wir später noch diskutieren werden, nachdem er in der letzten Woche veröffentlicht wurde. Es ist ein phantasievoller, konstruktiver Ansatz. Diese Vorschläge müssen im Bündnis aufgegriffen werden, und ich werde mein Bestes tun, damit das auch geschieht. Ich bin überzeugt, daß auch mein Nachfolger das tun wird.

Es ist natürlich kein neues Thema. Es ist ein Thema, das wie ein Vulkan ständig vor sich hin brodelt. Aber der Druck wird wieder stärker wegen des wachsenden Haushaltsdefizits der Vereinigten Staaten und des zunehmenden Eindrucks, daß so viel amerikanisches Geld aufgewandt werden muß, um immer reicher werdende Verbündete zu verteidigen — nicht nur in Europa —, von denen man eigentlich erwarten könnte, daß sie mehr tun, um sich selbst zu helfen. Hier zeigte sich aber auch gleichzeitig, daß es eine Reihe von weiteren politischen und auch psychologischen Fragen und Anliegen zu berücksichtigen gilt.

Man braucht sich nicht auf einen Niedergang der Großmächte einzulassen, wie es Professor Kennedy in seinem neuesten Bestseller tut. Sie brauchen auch seine historischen Analogien nicht zu akzeptieren, die ich persönlich etwas zweifelhaft finde, um sich darüber klar zu werden, daß Kenntnisse über Hintergründe und Perspektiven nützlich sind, wenn es gilt, aktuelle Fragen anzufassen. Nicht weil man auf diese Weise die Probleme unter den Teppich kehren könnte. Dadurch werden sie nicht aus dem Weg geräumt, und das sollte auch nicht geschehen. Aber ein Verständnis für langfristige Trends ist ein nützlicher Leitfaden, wenn wir uns darüber klarwerden wollen, wie man mit derartigen Problemen in den kommenden Jahren am besten fertigwerden kann; das heißt, durch eine weitere, evolutionäre Entwicklung, die Sie ja auch in Ihrem Bericht angeregt haben, und nicht durch einfache, schnelle Vereinbarungen oder etwa durch Platitüden.

Der ursprüngliche transatlantische Pakt, so wie er vor 40 Jahren geschlossen wurde, enthielt zwei Hauptelemente. Das erste war die Erkenntnis, daß gegenseitige lebenswichtige Interessen in einem kollektiven Sicherheitspakt geschützt werden mußten. Es lag auf der Hand, daß die Europäer die militärische Unterstützung der Vereinigten Staaten brauchten — nicht nur temporär, sondern, wenn man die Nukleargarantie bedenkt, auf unbegrenzte Zeit. Auf der amerikanischen Seite der Gleichung bot das Bündnis ein Mittel, um der globalen Bedrohung in der Region entgegenzutreten zu können, wo sie am gefährlichsten war, wo es unmittelbar um die Verteidigung der Vereinigten Staaten ging.

Es war eine Möglichkeit, die Voraussetzungen zu schaffen für die Ausweitung des wirtschaftlichen und

politischen Systems, das grundlegend für die Interessen und die Überzeugungen auf beiden Seiten des Atlantiks ist.

Ich bin überzeugt, daß dieser Aspekt der Beziehungen heute noch genauso stark und gültig ist. Die Interdependenz in dem Gebiet des Nordatlantikvertrages hat doch militärisch und politisch zugenommen, so wie die Technologie die Entfernungen und die Unterschiede gemindert hat. Natürlich gibt es Leute, die gerne argumentieren, daß die Vereinigten Staaten heute einen weiter reichenden Interessenbereich abdecken müßten, vor allem im Pazifik und in Mittelamerika. Aber auch, wenn man die Notwendigkeit anerkennt, der globalen Herausforderung entgegenzutreten, wo immer sie auftritt, so widerlegt das doch nicht das Argument, daß man das auch und gerade in der Region tun muß, wo sie am stärksten hervortritt — auch wenn gerade Stabilität besteht.

Natürlich können nur die Amerikaner selbst beurteilen, ob ihre Interessen in Europa für sie weiter lebenswichtig sind. Niemand möchte, daß sie aus Selbstlosigkeit weiter die Vereinbarungen einhalten. Sollte das die Grundlage sein, wären diese Vereinbarungen von sehr zerbrechlicher Art, aber die amerikanische Regierung hat sich bisher unzweideutig für das Bündnis geäußert, und alle Zeichen deuten darauf hin, daß das auch so bleiben wird.

Das zweite Element des Verteidigungspaktes war das, was heute offensichtlich die Kernfrage zu sein scheint. Es gab ein stillschweigendes Einverständnis, daß im Laufe der Zeit, wenn ein vom Krieg erschöpftes Europa wieder aufgebaut war, dieses Europa einen wesentlich größeren und bindenderen Beitrag zu der kollektiven Anstrengung leisten würde. Mit anderen Worten, die Vereinigten Staaten strebten niemals eine Hegemonie, sondern ein ausgewogenes, sich weiterentwickelndes Bündnis an. Es wird oft zu wenig anerkannt, wie weit die europäischen Nationen schon in diese Richtung gegangen sind. So stiegen beispielsweise die gesamten europäischen Verteidigungsausgaben von 1970 bis 1987 um real 34 Prozent, während die amerikanischen Verteidigungsausgaben im gleichen Zeitraum nur um 15 Prozent wuchsen. Natürlich könnte man auch andere Daten vorbringen und dann Schlußfolgerungen und andere Vorstellungen daraus ableiten. Aber diese Statistiken können die politische Realität, daß die ursprünglich ehrgeizigen Ziele und Hoffnungen noch nicht ganz erreicht worden sind, nicht verschleiern.

Es ist nicht leicht, in dieser nicht gerade einfachen Zeit, einfache Lösungen aus dem Hut zu zaubern. Die Entspannungseuphorie ist keine vielversprechende Grundlage für radikal erhöhte Verteidigungshaushalte. Das Problem wird dadurch weiter kompliziert, daß einige Europäer doch recht große Anstrengungen zur Verteidigung unternehmen, andere aber nicht. Der Anteil des Verteidigungshaushaltes am Bruttosozialprodukt schwankt von hohen 7 bis niedrigen 2 Prozent. Es ist wirklich schwierig und politisch auch nicht leicht, alle Europäer einfach in einen Topf zu werfen. Konfrontation und Konfrontationstaktik führen im übrigen immer nur dazu, daß man das eigene Verhalten rechtfertigt. Es gibt immer gute Gründe, warum man nicht mehr tun kann. Hinweisen auf den

unterschiedlichen Prozentsatz des Bruttosozialproduktes, den die USA und die Europäer für die Verteidigung ausgeben, kann man auch begegnen mit den ebenfalls richtigen Zahlen, die wir alle kennen, nämlich daß die Europäer bereits 90 Prozent der einsatzbereiten Streitkräfte in Europa stellen, 85 Prozent der Panzer, 80 Prozent der Kampfflugzeuge, und daß es im übrigen auch größere, nicht quantifizierbare Belastungen gibt, die sich z. B. aus den Stationierungs- und Manöververeinbarungen ergeben. Aber das alles führt uns nicht sehr weit.

Deshalb brauchen wir meiner Meinung nach ein besseres Gleichgewicht zwischen Europa und Amerika. Aber der Prozeß, der uns dahin führt, erfordert sorgfältige Arbeit im Rahmen des Bündnisses, und zwar von allen Beteiligten und nicht durch übermäßige Konzentration auf Finanzstatistiken der einen oder anderen Art. Es würde uns auch nicht sehr weit bringen, wenn wir neue organisatorische Vereinbarungen treffen würden, das Abkommen ändern würden oder auch neue Verteidigungsvereinbarungen träfen. Der Tag, an dem die Europäische Gemeinschaft auch für Verteidigung zuständig sein wird und eine getrennte transatlantische Partnerschaft beginnt, ist vielleicht für einige das letztendliche Ziel, aber das Umwandeln dieses Traums in Wirklichkeit liegt noch in weiter Ferne. Es gibt keinen einfachen Weg, die Lösung zu erreichen, aber ich darf doch einige Leitlinien andeuten:

Erstens sollte unser Ansatz nicht darin bestehen, darüber zu streiten, wer was tut, sondern wir sollten uns bemühen, die Aufgaben herauszustellen, die niemand gegenwärtig richtig erfüllt. Und wir sollten uns dabei insbesondere an die europäischen Mitglieder wenden, damit sie diese Aufgaben übernehmen.

Zweitens sollten wir erkennen, daß gerade, weil zusätzliche Mittel fehlen, die Zusammenarbeit intensiviert werden muß, nicht nur innerhalb bestehender Foren, wie z. B. der Eurogroup oder der IEPG, sondern wiederum auch im Rahmen des Bündnisses.

Drittens sollten wir akzeptieren, daß das Problem nicht nur eine Frage der finanziellen Mittel ist, sondern auch darin besteht, daß man die politischen Lasten übernehmen muß, die mit der Bündnisstrategie verbunden sind. Die Vereinigten Staaten akzeptieren letztendlich die Risiken, die damit verbunden sind, daß sie ihre strategische Nukleargarantie ausweiten. Es ist auch nicht unvernünftig, von den europäischen Mitgliedern des Bündnisses zu erwarten, daß sie sich an der Aufrechterhaltung der europäischen nuklearen Streitkräfte, sei es auch nur in Form politischer Unterstützung, beteiligen, wodurch die Risiken und Belastungen dann gleichmäßiger und gerechter verteilt würden.

Viertens sollten wir einsehen, daß bestehende europäische Verteidigungsorganisationen wie die WEU eine nützliche Rolle bei der Herbeiführung einer besseren europäischen Beitragsleistung spielen können — vorausgesetzt, dies geschieht in einer Weise, die die Bündnisstruktur stützt und nicht in Konkurrenz zu ihr geht. So haben beispielsweise Bemühungen, wie die Entsendung von europäischen Kriegsschiffen in den Persischen Golf, an denen alle WEU-Länder beteiligt

waren, nicht nur eine Schwächung der NATO-Verpflichtungen verhindert, sondern auch ein weniger nach innen, auf die eigene Kirchturmspitze blickendes Europa gezeigt als viele Amerikaner es erwartet hätten. Wenn die WEU zusätzliche Streitkräfte aufbringen oder andere Länder zu engeren kooperativen Vereinbarungen zusammenführen kann, dann würde das umso positiver sein. Durch zunehmende Beweise wurde ich ermutigt zu glauben – besonders in Ihrem Bericht, daß sich die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber derartig deutlichen Anstrengungen der Europäer, sogar während meiner Amtszeit, in die Richtung entwickelt hat, daß der Ausbau eines kohärenteren europäischen Pfeilers begrüßt wird.

Aber schließlich ein warnendes Wort: Wir sollten sehr vorsichtig sein und nicht eine Form des besseren europäischen Beitrags entwickeln, der sich bemüht, exklusive Gruppierungen zu schaffen oder so etwas wie einen separaten Klub, aus dem wohl vorbereitete europäische Positionen in die Sitzungen der Allianz eingebracht werden würden. Auf einer solchen Grundlage könnte die Allianz nicht funktionieren. Es wäre auch nicht nützlich und würde uns nicht weiterbringen, wenn man mehr Streitkräfte für das Bündnis zur Verfügung stellte in Form von multilateralen Brigaden oder ähnlichem, wenn diese aus Streitkräften abgezogen würden, die der NATO unterstellt sind. Denn anderenfalls würde die integrierte Militärstruktur gefährdet werden, die eine unserer größten Erfolge darstellt. Ein europäischer Pfeiler sollte im übrigen auch keinen unserer wichtigsten und strategisch bedeutungsvollsten europäischen Partner ausschließen.

Ich bin sicher, daß jeder, nicht zuletzt diese Versammlung, sich der Notwendigkeiten und der potentiellen Fallen bewußt ist, die bei der Behandlung solcher Fragen, die angepackt werden müssen, auftreten.

Ich möchte diese beiden wichtigen Gedanken noch einmal betonen, bevor ich zum Abschluß meiner Ausführungen komme. Ich möchte Sie, wie römische Senatoren, bitten, wie der römische Gott Janus mit zwei Gesichtern auf beide Probleme zu blicken und der Öffentlichkeit zwei Signale zu übermitteln. Eines, das für eine Politik spricht, die die Sowjetunion überzeugen kann, sich an ernsthaften Rüstungskontrollverhandlungen zu beteiligen und sie von der Idee abzubringen vermag, daß das militärische Gleichgewicht sich ohne ihr Zutun weiter zu ihren Gunsten entwickeln würde. Das andere Signal soll einen Ansatz für die Frage der Lastenteilung herbeiführen, der auch denjenigen Rechnung trägt, die den Umfang, ja vielleicht die amerikanische Verpflichtung generell gegenüber der Verteidigung Europas in Frage stellen. Diese Signale werden aufgenommen von neuen politischen Generationen, die sich ihre eigene Meinung bilden müssen aufgrund dessen, was sie mit eigenen Augen sehen können. Sie zu überzeugen, erfordert etablierte Haltungen einer neuen Prüfung zu unterwerfen und sich einer Evolution und Kontinuität bewußt zu werden. Ich bin zuversichtlich, daß Sie dieser Aufgabe in zweifacher Hinsicht gerecht werden können, so wie Sie es bereits in der Vergangenheit getan haben.

Abschließend darf ich mich bei Ihnen allen herzlich bedanken für die Freundschaft und die Zusammenar-

beit, die mir in den vergangenen vier Jahren von Ihrer Seite entgegengebracht wurden. Sie haben eine äußerst wichtige Rolle im Bündnis übernommen. Ich wünsche Ihnen, daß Sie in der Lage sein mögen, dieser Aufgabe in Zukunft mit noch größerem Nachdruck nachzukommen.

Abg. **Biehle** (Bundesrepublik Deutschland) stellte an Generalsekretär **Lord Carrington** die Frage, ob auch er es für notwendig erachte, die Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß auf sowjetischer Seite die durch den INF-Vertrag vorgesehene Abrüstung von Mittelstreckenraketen durch den Ausbau der SS-24 und SS-25 sowie den verstärkten Einsatz von U-Booten im Atlantik als Bedrohungspotentiale gegen europäische Ziele ausgeglichen werde.

Generalsekretär **Lord Carrington** antwortete mit der Feststellung, dies sei völlig richtig. Es sei bekannt, daß die Sowjetunion seit Unterzeichnung des INF-Vertrages zwar nicht gegen diesen Vertrag verstoßen, dennoch aber die Nuklearrüstung weiter modernisiert habe. Bei dieser Art von Nachrüstung in Form von Modernisierung habe es auf sowjetischer Seite keinerlei Verlangsamung gegeben. Er finde es daher eigenartig, wenn die Absicht, auch die Nuklearwaffen des Westens zu modernisieren, auf Protest stoße, denn dadurch würde eine Art der einseitigen Abrüstung gefordert. Er halte es für sehr wichtig, der Öffentlichkeit klarzumachen, daß in Sicherheitsfragen mit sehr großer Vorsicht vorgegangen werden müsse.

Zu Problemen der NATO-Südflanke antwortete Generalsekretär **Lord Carrington** auf eine Frage des italienischen Abgeordneten **Pellicano**, das Verhältnis zwischen Griechenland und der Türkei habe in den letzten vier Jahren eine Schwächung der Verteidigungskraft in dieser Region bedeutet. Gerade in den letzten Monaten habe sich hier jedoch nach einem Treffen der Ministerpräsidenten beider Länder viel Positives entwickelt und er sei zuversichtlich, daß diese Entwicklung sich fortsetzen werde. – Die Bedeutung der Verteidigung der Südflanke sei dem Bündnis völlig bewußt. Die Verteidigungsminister seien sich in der Frage der Stationierung der 401. Staffel der US-Luftwaffe, die Spanien verlassen müsse, darüber einig gewesen, daß diese Staffel für die Verteidigung der Südflanke unverzichtbar sei und das Bündnis die Kosten einer Verlegung nach Italien übernehmen werde.

Abg. **Beith** (Vereinigtes Königreich) erklärte, eine Sicherheitspolitik, wie sie in dem Bericht „NATO in den 90er Jahren“ dargestellt werde, sei nicht durchführbar, wenn nicht alle Mitglieder des Bündnisses hierin die Strategie der NATO als Ganzes erblickten und ihrer Bevölkerung deutlich machten. Weder verfüge das Vereinigte Königreich über nukleare Abschreckung ohne das Bündnis, noch könne es eine französische Verteidigungsstrategie geben, die nicht auch Deutschland verteidige, und ebenso müsse die Frage der Verteidigungskosten jeweils in größerem Rahmen gesehen werden.

Generalsekretär **Lord Carrington** stimmte den Ausführungen zu und wies ergänzend auf die weitere sehr schwierige Aufgabe der Regierungen hin, den Bevölkerungen zu erklären, daß selbst bei erfolgreichen

Bemühungen, die Sicherheit auf einer niedrigeren Rüstungsebene sicherzustellen, die Verteidigung dennoch kostspielig bleibe.

Auf die Frage des Abg. **Hicks** (Kanada) nach der bleibenden Bedeutung der neuen Initiativen Gorbatschows angesichts der Ungewißheit seines innenpolitischen Überlebens antwortete Generalsekretär **Lord Carrington**, er glaube, daß Gorbatschow ziemlich fest im Sattel sitze. Erst kürzlich habe er in einer Rede von großen Schwierigkeiten mit „konservativen Elementen“ gesprochen. Wenn der Kremlchef wirklich in ernstesten Schwierigkeiten wäre, könne er gerade dies nicht sagen. Im großen und ganzen behaupte sich der Generalsekretär recht gut. Längerfristig gesehen hinge sein Erfolg jedoch davon ab, daß es möglich sei, die sowjetische Wirtschaft mit einem System zu revitalisieren, das er persönlich für untauglich halte.

Abg. **Frau Traupe** (Bundesrepublik Deutschland) gab der Überzeugung Ausdruck, der Westen könne mit den vorhandenen Mitteln der Verteidigungshaushalte durch bessere Rüstungszusammenarbeit mehr für die Sicherheit leisten, als das bisher geschehe. Ihre Frage laute, ob der Westen bis zum Herbst ein Konzept für die Abrüstungsgespräche auf dem Gebiet der konventionellen Waffen besitzen werde. Zur Beantwortung der Frage verwies Generalsekretär **Lord Carrington** auf die Tatsache, daß die NATO einen besonderen Ausschuß gebildet habe, der sich um einen Konsens der Bündnismitglieder für konventionelle Abrüstungsvorschläge bemühe. Im Gegensatz zum Warschauer Pakt bestehe das Atlantische Bündnis aus 16 souveränen Ländern, die eifersüchtig auf ihre Eigenständigkeit bedacht seien. Dazu sei konventionelle Abrüstung viel komplizierter als nukleare Abrüstung. Dennoch sei er der Ansicht, wenn bis zum Ende des Sommers ein Mandat für derartige Verhandlungen vorliege, könnte im Herbst auch bereits ein NATO-Konzept für konventionelle Abrüstung erarbeitet sein. Auf dem Gebiet der Rüstungszusammenarbeit werde nach wie vor noch nicht genug getan, obwohl gerade im letzten Jahr zwei gute Beispiele zu verzeichnen seien. So habe sich eine große Anzahl von Ländern mit einer neuen NATO-Fregatte einverstanden erklärt und einige andere Bündnisländer hätten sich auf das europäische Kampfflugzeug geeinigt. Darüber hinaus sehe er als das Wichtigste, das die Bündnispartner je in der Rüstungszusammenarbeit zuwege gebracht hätten, die Tatsache an, daß sie jetzt endlich mit einem neuen Planungssystem für konventionelle Rüstung begonnen hätten.

3. Allgemeine Aussprache über den Bericht des Sonderausschusses „Die NATO in den 90er Jahren“

Senator **Roth** (USA) gab einführend eine Zusammenfassung des Abschlußberichts des Studienausschusses „Die NATO in den 90er Jahren“. Er stellte fest, der Ausschuß habe ein bemerkenswertes Maß an Übereinstimmung bei einem keineswegs unumstrittenen Thema erzielt. Allerdings gelte die Einschränkung, daß nicht jedes Ausschußmitglied unbedingt jede einzelne Schlußfolgerung und Empfehlung des Berichts akzeptieren könne. Abg. Budtz aus Dänemark habe

einen kurzen Nachtrag geschrieben, in dem er sich von einigen Aspekten des Berichts entferne. Verlauf und Ergebnis der Arbeiten des Ausschusses bestätigten die Weitsicht, die seine Initiatoren, der Präsident und der Generalsekretär der Versammlung, vor mehr als zwei Jahren durch die Anregung dieses Berichts gezeigt hätten. Seit Gründung des Ausschusses seien Ereignisse eingetreten, wie etwa die Unterzeichnung des INF-Vertrages, die für die Strategie der NATO große Auswirkungen hätten. Auch die Frage der Art und des Ausmaßes des amerikanischen Engagements in Westeuropa spiele gegenwärtig im Wahlkampf um die Präsidentschaft in den Vereinigten Staaten eine bedeutende Rolle. Erneut müsse die Frage geprüft werden, ob das Bündnis noch für die Sicherheitsbedürfnisse der Mitglieder relevant sei. Auch sei zu fragen, ob Änderungen eintreten müßten, um die Relevanz weiterhin sicherzustellen. Beide Fragen habe der Ausschuß schließlich mit ja beantwortet. Nach wie vor liege in der Teilung Europas und Deutschlands die Wurzel der politischen Spannungen und der militärischen Konfrontation im heutigen Europa. Die NATO sei unter diesen Umständen die einzige und die geeignetste Institution, die Sicherheit ihrer Mitglieder zu schützen. Zugleich stelle das Nordatlantische Bündnis die bestmögliche Organisation dar, um im Dialog mit dem Osten die Teilung Europas zu beseitigen. Allerdings könne das Bündnis nicht weiterhin so handeln, als seien keine Änderungen eingetreten. Eine grundlegende Änderung habe sich in den amerikanisch-europäischen Beziehungen ergeben. Die europäische Mitte des Bündnisses habe an Wirtschaftsstärke und politischem Einfluß gewonnen. Der sogenannte europäische Pfeiler müsse jetzt von einem Begriff zu konkreter Wirklichkeit werden. Nach Ansicht des Ausschusses müsse zu Anfang der Amtszeit der nächsten amerikanischen Regierung die Führung des Bündnisses zusammentreten, um ein neues politisches Mandat für das Bündnis zu verabschieden. Dieses Mandat solle die gegenwärtige Politik des Bündnisses unterstützen, die in der Aufrechterhaltung einer starken Verteidigung bei gleichzeitiger Bereitschaft zu Dialog, Zusammenarbeit und Rüstungskontrolle mit dem Ostblock bestünde. Vor allem müsse der Kurs vorgezeichnet werden für die Weiterentwicklung der NATO im nächsten Jahrzehnt.

Zur Ausbildung eines stärkeren europäischen Pfeilers könnten verschiedene Möglichkeiten beitragen: bessere intereuropäische Zusammenarbeit bei der Rüstung, regelmäßige Sitzungen der Stabschefs der NATO und die Einrichtung von modernen Kommunikationsverbindungen zwischen den Hauptquartieren. Angeregt durch die jüngsten französisch-deutschen Entwicklungen könne das Bündnis eine neue europäische Division als Eingreifstreitmacht aufbauen, um in Krisen über die notwendige Flexibilität zu verfügen. Derartige Initiativen würden auch die Bemühungen um die Standardisierung des Gerätes und die Interoperabilität der NATO-Streitkräfte fördern. Auch sei zu erwägen, ob die Spezialisierung einiger Bündnisländer auf bestimmte militärische Aufgaben eine Verbesserung der konventionellen Schlagkraft der NATO mit sich bringen würde. Sollten jedoch die genannten Initiativen nicht die notwendigen Ergebnisse erbringen, dann müßten vielleicht zusätzliche europäische

Ressourcen eingesetzt werden. Diese Schlußfolgerung ziehe er nicht als Mitglied des Ausschusses, sondern persönlich als gewählter amerikanischer Senator.

Auf dem Gebiet der Atomwaffen nehme der Ausschuß eine optimistische und zugleich vorsichtige Haltung ein. Er unterstütze den INF-Vertrag. Gleichzeitig empfehle er, daß die NATO ihre Politik der atomaren Verteidigung überprüfe, ehe weitere Rüstungskontrollabkommen unterzeichnet oder neue Nuklearsysteme auf dem europäischen Schauplatz stationiert würden. Es sei von größter Bedeutung, daß das Bündnis in bezug auf Art und Ausmaß derartiger Stationierungen einen gemeinsamen Standpunkt erarbeite. Der Kurs der nuklearen Verteidigung der NATO sollte sich vorzugsweise in Richtung auf abschreckungsorientierte Systeme längerer Reichweite in und um Europa bewegen und sollte fortführen von Gefechtsfeldsystemen kürzerer Reichweite, obwohl dadurch wiederum keine Lücken im gesamten Abschreckungsspektrum entstehen dürften. Der INF-Vertrag zeige einige Schwächen der NATO im konventionellen Bereich auf. Im Anschluß an diesen Vertrag solle das Bündnis eine zweigleisige Politik verfolgen: es müsse auf der einen Seite bestrebt sein, die konventionelle Abschreckung zu verbessern, und auf der anderen Seite versuchen, Abkommen über eine asymmetrische Verringerung der konventionellen Kapazitäten zu erzielen. Falls Moskau hierzu nicht bereit sei, müßten sich die Verhandlungsbeauftragten der NATO darauf konzentrieren, die gefährlichen Aspekte der Stationierung von Panzern, mobiler Artillerie und motorisierter Infanterie besonders ins Auge zu fassen. Die NATO müsse die Fähigkeit wahren, sich gegen einen bewaffneten Panzerangriff seitens des Warschauer Paktes zu verteidigen.

In der Frage der Sicherheitsprobleme außerhalb des Vertragsgebiets der NATO sei sich der Ausschuß bewußt, daß die NATO nicht aufgebaut wurde, um sich mit solchen Problemen zu beschäftigen; dieser Umstand dürfe jedoch nicht als Vorwand benutzt werden, um die ganze Frage beiseite zu schieben; denn solche Probleme stellten durchaus eine Gefahr oder sogar Bedrohung für die europäische wie auch für die amerikanische Sicherheit dar. Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage seien geeignet, im Bündnis größere Spannungen entstehen zu lassen und die Unterstützung in der amerikanischen Bevölkerung für die NATO auszuhöhlen. Der Ausschuß empfehle deswegen eine Verstärkung der Konsultationen für diesen Bereich. Sie sollten nicht nur im Rahmen der NATO stattfinden, sondern auch Japan und andere westliche Nationen einbeziehen. Der Ausschuß schlage vor, als einen neuen Rahmen für Konsultationen und Notfallplanung eine westliche „Arbeitsgruppe für globale Sicherheitsfragen“ zu schaffen.

Abschließend resümierte Senator **Roth**, die jüngsten Ereignisse auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle erforderten eine Überprüfung der grundlegenden Verteidigungsstruktur der NATO. Die großen Haushaltsdefizite der Vereinigten Staaten zwängen zu der Einsicht, daß Verbesserungen im Bereich der konventionellen Verteidigung der NATO nicht von der amerikanischen Seite erwartet werden könnten. Die neue

politische Führung in Moskau habe zumindest gegenwärtig nicht den alten Ehrgeiz aufgegeben, Westeuropa von den amerikanischen und kanadischen Verbündeten abzutrennen. Er sei überzeugt, daß der Ausschuß Vorschläge gemacht habe, durch deren Verwirklichung die Sicherheit des Bündnisses in der Zukunft ebenso gewahrt bleibe wie dies in der Vergangenheit der Fall war, ohne daß es zum Einsatz bewaffneter Streitkräfte kommen müsse.

Abg. **Prof. Dr. Abelein** (Bundesrepublik Deutschland) bewertete den Bericht des Ausschusses als eine gute Arbeit. Selbst da, wo er vielleicht etwas vage bleibe, spiegele er doch die wirkliche Lage innerhalb der NATO wider. Gorbatschow habe die NATO in eine schwierige Lage versetzt, indem der INF-Vertrag einen wesentlichen Teil der flexiblen Erwiderng unmöglich mache. Damit sei die konventionelle Verteidigung wichtiger denn je geworden. Der INF-Vertrag trage dem Begehren der Bevölkerungen im ganzen Bündnis Rechnung, sich dem Schatten der Nuklearwaffen zu entziehen. Diese Tatsache müßten auch die Politiker berücksichtigen. Hieraus ergebe sich notwendig das schwierige Problem, daß die Verteidigungsfähigkeit der NATO im konventionellen Bereich verbessert werden müsse. Die modernen konventionellen Waffensysteme seien aber sehr teuer, teurer noch als Atomwaffen. Angesichts der schlechten Haushaltslage in fast allen Mitgliedstaaten des Bündnisses zeichne sich hierdurch ein düsteres Bild ab. Die Kollegin Frau Traupe habe daher bereits auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen, die vorhandenen Ressourcen besser zu nutzen. Für die meisten Mitgliedstaaten liege auch ein weiteres Problem in der Tatsache, daß Verbesserungen im konventionellen Bereich zugleich mehr Personal erforderten. Vereinbarungen über Rüstungskontrolle, die zu einer ungefähren Parität zwischen den Streitkräften des Warschauer Paktes und der NATO führten, seien daher dringend erforderlich. Ein weiteres schwieriges Problem spreche der Ausschuß mit der Empfehlung an, die europäischen Bündnispartner sollten in nächster Zukunft schon Schritte zur Schaffung eines europäischen Pfeilers im Bündnis unternehmen. Auf französisch-deutscher Grundlage sei bereits ein Versuch in dieser Richtung unternommen worden mit der Möglichkeit der Ausdehnung auf andere Bündnispartner. Eine derartige Zusammenarbeit in Europa stelle selbstverständlich keine Alternative zu derjenigen mit den Vereinigten Staaten dar. Abschließend gab Prof. Dr. Abelein seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß der Ausschuß in seinem Bericht die Teilung Europas und Deutschlands als die eigentlichen Ursachen der militärischen Konfrontation zwischen Ost und West bezeichnet habe. Allein die Beseitigung dieser Ursache werde es ermöglichen, eine wirkliche Lösung der Probleme des Ost-West-Verhältnisses zu erreichen.

In der gegenwärtigen günstigen Situation des Ost-West-Verhältnisses sah der italienische Senator **Rumor** eine Bestätigung für die Richtigkeit der bisherigen Strategie der flexiblen Erwiderng. Die Aufrechterhaltung einer adäquaten Verteidigungsposition stelle keinen Widerspruch zu den Verhandlungen über atomaren Rüstungsabbau und Abbau auf dem konventionellen Sektor dar. Er befürworte einen Kurs

der geringeren Abhängigkeit von Atomwaffen, glaube aber nicht, daß in absehbarer Zukunft auf diese Systeme verzichtet werden könne.

Auf dem Gebiet der konventionellen Verteidigung müsse man versuchen, die notwendige Verstärkung durch qualitative technische Verbesserungen zu erreichen. Nur auf diese Weise ließen sich die vorhandenen Mittel optimal einsetzen, und dies sei um so mehr notwendig, als gegenwärtig mit Erhöhungen der Militärhaushalte nicht gerechnet werden könne. Auch bei den konventionellen Waffen müsse in Gesprächen mit dem Warschauer Pakt auf ein niedrigeres Niveau hingearbeitet werden, allerdings unter der Voraussetzung einer Lösung des Problems der Asymmetrie. Die Möglichkeit eines Überraschungsangriffs dürfe nicht bestehen bleiben.

Im Gefolge des INF-Vertrages müßten die Verteidigungserfordernisse Europas neu überdacht werden. Die notwendigen europäischen Leistungen für das Bündnis erforderten eine stärkere europäische Koordinierung. Dafür gebe es zwei mögliche Wege. Einerseits vermöge die WEU einen starken Beitrag zu leisten, doch er wolle auch auf die Europäische Gemeinschaft hinweisen, weil diese die Absicht verfolge, mit den Entscheidungen auf dem Gebiet der Außenpolitik auch Probleme der Sicherheit zu koordinieren. Eine aktive realistische Entspannungspolitik gegenüber den Ostblockländern solle weiterentwickelt werden mit dem Endziel, die Teilung Europas zu überwinden. Die Entspannung müsse die Gebiete der Menschenrechte und der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit mitumfassen. Für diese Entwicklungen sei aber stets der Konsens der Öffentlichen Meinung herzustellen. Das erfordere wiederum eine systematische Information, an der es in gewissen Ländern noch fehle. Nur ein solches Vorgehen entspreche den Regeln der Demokratie, deren Verteidigung den Hauptgrund für das Bestehen der Allianz ausmache.

Der Leiter der kanadischen Delegation, Abg. **Hicks**, führte fünf Elemente der Verteidigungspolitik seines Landes an, die für die Position Kanadas im Bündnis relevant seien: Schwerpunkt der Verteidigung in der Nordregion des Landes; Unterhaltung einer Flotte auf drei Ozeanen; Unterstützung der Rüstungskontrolle und der internationalen Friedensarbeit sowie effektiver Einsatz der für Europa bereitgestellten Verteidigungsressourcen. Den Schwerpunkt des Ost-West-Verhältnisses sehe sein Land in Europa. Die kanadische Sicherheit sei daher unzertrennbar verknüpft mit der Sicherheit Europas. Auch aus historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gründen fühle sich Kanada Europa tief verbunden.

Unter der Voraussetzung einer wirksamen, von den USA geleisteten, strategischen Abschreckung befürworte Kanada die Entstehung eines europäischen Verteidigungspfeilers im Bündnis. Demgemäß begrüße es die Verabschiedung der Plattform über europäische Sicherheitsinteressen in der Westeuropäischen Union als einen wichtigen Schritt in Richtung auf eine koordinierte europäische Verteidigungspolitik.

Zwar berge eine verstärkte europäische Rüstungszusammenarbeit die Gefahr von Abkupplungstenden-

zen und der Entstehung zweier Lager im Bündnis mit der Folge einer unsynchronisierten und weniger effektiven Sicherheitspolitik, doch hätten die Bündnispartner bisher noch immer die Fähigkeit bewiesen, ihre unterschiedlichen Ansichten irgendwie unter einen Hut zu bringen und zu einem gemeinsamen Sicherheitskurs zu kommen. Die ehrliche Auseinandersetzung mit neuen Perspektiven habe das Bündnis bisher immer wieder gestärkt und lebensfähig erhalten.

Abg. **Budtz** (Dänemark), der Verfasser einer abweichenden Stellungnahme zu dem Bericht, führte aus, auch Dänemark und dessen sozialdemokratische Partei befürworteten eine stärkere europäische Zusammenarbeit im Bündnis und damit das Anwachsen des europäischen Einflusses. Sie bezweifelten jedoch, daß die WEU einen geeigneten Rahmen für diese Bestrebungen biete. Sie glaubten, die WEU sei zu majoritistisch eingestellt und werde Europa mehr aufspalten als zusammenbringen. Nur sieben Bündnisländer gehörten der WEU an, und selbst nach einem Beitritt von Portugal und Spanien bliebe Westeuropa geteilt. Sein Land würde es vorziehen, lediglich das europäische Bein der NATO zu verstärken, und sei auch bereit, sich an einer Verstärkung zu beteiligen, wenn dies nicht zu viel Geld koste.

Ein weiteres wichtiges Anliegen seines Landes sei die Schaffung einer nordischen atomwaffenfreien Zone. Diese Auffassung stelle keineswegs eine Bewegung dar, die von der NATO wegführen wolle. Es gebe in Dänemark eine sichere große Mehrheit für die dänische Mitgliedschaft in der NATO, die sich mit etwa 70 % beziffern ließe. Die Idee der nordischen atomwaffenfreien Zone habe 80 % Befürworter. Die Informationsagentur der amerikanischen Regierung habe durch eine Meinungsumfrage festgestellt, daß 48 % der Dänen eine solche Zone haben möchten, auch wenn dies die Mitgliedschaft in der NATO kosten würde.

Die gleiche dänische Haltung komme im Zusammenhang mit der Nicht-Zulassung von Atomwaffen tragenden Schiffen in dänischen Häfen zum Ausdruck. Das dänische Parlament habe eine Entschließung angenommen, in der es heißt, das Folketing nehme zur Kenntnis, daß es mehr als 30 Jahre lang dänische Politik war, keine Atomwaffen im Lande aufzunehmen, auch nicht in den dänischen Häfen, und die dänische Regierung werde mithin aufgefordert, keine Atomwaffen tragenden Schiffe in den Häfen zuzulassen. Hierbei sei es wichtig, sich die Tatsache in Erinnerung zu rufen, daß niemals eine Verifizierung oder eine Kontrolle der Kriegsschiffe verlangt wurde.

Sein ausdrückliches Einverständnis mit den Ansichten des dänischen Kollegen Budtz erklärte der griechische Abg. **Zervos**. Griechenland erblicke in den INF-Vereinbarungen eine Verbesserung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die hoffentlich größere Fortschritte in der atomaren Abrüstung ermögliche mit dem Ziel, am Ende vollständig auf diese Waffen zu verzichten. Auch die chemischen Waffen sollten gänzlich abgeschafft werden, während sich die Bemühungen bei den konventionellen Waffen auf die Erzielung eines möglichst niedrigen Rüstungsniveaus konzentrieren müßten.

Abg. **Boehlert** (USA) befaßte sich in seinen Ausführungen mit dem Thema der Lastenteilung im Bündnis. Die europäischen Partner hätten sich daran gewöhnt, die regelmäßigen Appelle der Amerikaner, einen größeren Teil der Lasten im Bündnis zu übernehmen, als leere Worte zu betrachten. Die Vorstellung, es handle sich um Gesänge, die die Amerikaner zu Hause immer wiederholen müßten, um isolationistische Tendenzen nicht aufkommen zu lassen, sei falsch und gefährlich. Die Lage habe sich gewandelt. Heute bedeute die Lastenteilung eine Vorbedingung für die weitere Hilfe für das Bündnis. Grund dafür sei die Wirtschaftslage der Vereinigten Staaten. Das Haushaltsdefizit und die Tatsache, daß allein die Zinsen der nationalen Verschuldung 400 Millionen \$ pro Tag kosteten, zwängen zu einer Überprüfung der amerikanischen Fähigkeiten. Eine Ausweitung des Verteidigungshaushaltes sei heute nicht mehr möglich. Die USA fühlten sich durch die wirtschaftliche Expansion der Japaner und bis zu einem gewissen Grade der Europäer bedroht. Sie hätten das Gefühl, daß ihre Macht vererbe. Bezeichnend sei der große Erfolg des Buches von Paul Kennedy „Das Kommen und Gehen der Großmächte“ in den Vereinigten Staaten. Es argumentiere, daß Mächte dann fielen, wenn sie sich militärisch viel zuviel vornähmen. Zahlreiche Anzeichen sprächen dafür, daß die USA im Gegensatz zu ihren Bündnispartnern einen übermäßig großen Anteil ihrer Ressourcen für militärische Zwecke ausgaben. Dies habe zu einer Atmosphäre geführt, in der Sanktionen angedroht werden könnten, falls die Bündnispartner sich nicht stärker an den Verteidigungskosten beteiligten. Rufe nach einer gerechteren Lastenverteilung kämen heutzutage nicht mehr nur von linken Tauben oder rechten Isolationisten, sondern seien eine Meinung der Mehrheit. Dies habe sich klar in den Debatten über die Verteidigungsbewilligung für das nächste Finanzjahr gezeigt. Der Präsident selbst habe sich gegen einen Änderungsantrag einsetzen müssen, der Truppenabzüge aus Europa und Japan verlangte, falls die Verteidigungsausgaben dieser Länder nicht um ein Prozent mehr erhöht würden, als deren reales Wirtschaftswachstum betrage. Keine noch so ausgeklügelte Rechnerei vermöge den Eindruck bei den amerikanischen Wählern auszuräumen, daß die Verteidigungslasten im Bündnis nicht gerecht verteilt seien. Diese Ansicht bedeute keineswegs, daß Amerika Europa den Rücken kehre. Europa sei vielmehr wirtschaftlich stärker und machtvoller geworden. Die Bündnispartner müßten ebenso wie die Amerikaner erkennen, daß eine bessere Lastenverteilung auch eine bessere Machtverteilung bedeute. Und ein größerer europäischer Beitrag bedeute eine entsprechend kräftigere europäische Stimme in den Geschäften des Bündnisses.

Senator **Chauty** (Frankreich) bezeichnete die Auswirkungen des Gorbatschow-Effektes auf die Bevölkerung im Westen und die Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses als das zentrale Problem des Bündnisses. Dieses Problem sei geeignet, den Zusammenhalt des Bündnisses zu unterminieren. Ohne die gegenwärtigen positiven Entwicklungen auf dem Gebiet der Sicherheit und der Abrüstung herabspielen zu wollen, dürfe das Bündnis nicht die Tatsache aus den Augen verlieren, daß die Sowjetunion nicht auf ihr Grundziel

verzichtet habe, die Sicherheitsbande zwischen den USA und Europa zu schwächen, indem sie versuche, das INF-Abkommen zur ersten Etappe der Denuklearisierung Europas zu machen oder indem sie alte Vorschläge für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa wieder aus der Schublade hole. Die UdSSR versuche, auf diese Art und Weise eine Situation zu schaffen, in der mit einem fragmentierten und von den USA abgekoppelten Europa Sicherheitsverträge abgeschlossen werden könnten. Dieses alte Konzept werde heute geschickter als ehemals unter dem Schlagwort vom gemeinsamen Haus Europa propagiert. In dieser Situation müsse das Bündnis die Stärke der transatlantischen Bande zeigen und bekräftigen. Er freue sich daher, daß der Bericht „Die NATO in den 90er Jahren“ in dieser Richtung nichts versäume. Zu Recht stelle der Bericht eingangs fest, daß Frankreich weder alles annehme, noch alles zurückweise, was gesagt werde. Insgesamt gesehen, stelle der Bericht jedoch einen Referenzrahmen dar, den sein Land voll und ganz akzeptieren könne. Französische Vorbehalte in bezug auf einige der vorgetragenen Meinungen, wie etwa die Beurteilung der Lastenverteilung oder der Gedanke einer Spezialisierung und Aufgabenteilung unter den Ländern des Bündnisses, könnten sicher nicht überraschen. Voll und ganz stimme Frankreich jedoch der Ansicht zu, daß die Entwicklung der Zusammenarbeit der Europäer auf dem Sicherheitssektor einen Beitrag leisten werde für die Verstärkung des spezifischen Gewichtes der Europäer im Schoße des Bündnisses. Dankbar sei Frankreich auch für die positive Beurteilung der jüngsten Entwicklungen der deutsch-französischen Zusammenarbeit sowie der Bemühungen um die Verstärkung der Westeuropäischen Union. Erfreut sei sein Land schließlich auch über die klare Aussage, daß unter vorhersehbaren Umständen die nukleare Abschreckung ein unabdingbares Element der militärischen Stabilität bleibe, die mit konventionellen Streitkräften nicht erreicht werden könne. Frankreich und Großbritannien leisteten daher einen signifikanten Beitrag zur westlichen Abschreckung. Dies sei ein wesentlicher Punkt. Die Atomwaffe könne nicht mehr einfach rückgängig gemacht werden. Ihre Präsenz bleibe notwendig, um einen Angreifer abzuschrecken, nicht nur von einem Angriff sondern auch von politischer Erpressung. Aus französischer Sicht bestünden die wichtigsten Abrüstungsprioritäten in einer Reduzierung der atomaren Arsenalen auf beiden Seiten, sowie in einer Korrektur des ungeheueren Ungleichgewichts auf dem konventionellen und dem Chemiewaffensektor zugunsten der Sowjetunion, insbesondere in Europa.

Der britische Abg. **Sir Geoffrey Johnson-Smith** wandte sich in seinem Beitrag ganz der Frage der künftigen Modernisierung der atomaren Kurzstreckenwaffen und deren möglichen Einbeziehung in ein Abrüstungsabkommen zu. Der Bericht empfehle eine Wegbewegung von den atomaren Kurzstreckensystemen. Das augenblickliche Dilemma dieser Frage lasse sich wie folgt beschreiben: Infolge des INF-Abkommens bestünde bei vielen Deutschen die Sorge, daß die Bundesrepublik aufgefordert werden könnte, einen unverhältnismäßig großen Anteil der Kurzstreckenatomwaffen der NATO aufzunehmen. Dies sei

eine verständliche Sorge, weil den atomaren Kurzstreckensystemen etwas einzigartig Bedrohendes anhafte. Sie bestraften nämlich den Verteidiger genauso wie den Angreifer. Jede Rüstungskontrollentscheidung zu diesen Systemen öffne allerdings die Tür zu einer dritten Null-Lösung und führe damit auf den schlüpfrigen Weg einer Entnuklearisierung Europas. Dies bedeute wiederum die unerträgliche Lage, daß Europa der konventionellen Stärke der Sowjets ausgeliefert sei, ohne den Schutz seiner bisherigen Strategie, die 40 Jahre lang den Frieden wahren half. Das Problem könne nicht einfach ignoriert werden. Die Allianz müsse eine Lösung finden durch die Entwicklung eines umfassenden Konzeptes der Rüstungskontrolle. Er hoffe, daß hierbei möglichst bald Ergebnisse erzielt würden. Angesichts der Initiativen von Gorbatschow müsse der Öffentlichkeit klar gesagt werden können, welches die eigenen Rüstungskontrollziele sind. Für die Behandlung der Frage der atomaren Kurzstreckenwaffen seien seiner Ansicht nach drei grundsätzliche Schritte von Bedeutung. Zunächst müsse die Allianz entscheiden, welche Mischung und Anzahl von Kurzstreckensystemen sie zur Aufrechterhaltung ihrer Strategie brauche. Sodann sei durch Modernisierung und Verbesserung die glaubwürdige Abschreckungsfunktion dieser Systeme sicherzustellen. Schließlich sollte angesichts des gegenwärtigen Ungleichgewichts auf diesem Gebiet parallel zu den beiden genannten Schritten ein Rüstungskontrollkonzept entwickelt werden, das die eigene Strategie weiterhin glaubhaft erscheinen ließe und zugleich auf ein möglichst niedriges Niveau abziele. Die Entwicklung eines derartigen Konzeptes werde sehr viel gegenseitiges Verständnis und Bereitschaft zum Kompromiß erfordern. Insbesondere müsse die deutsche Position wohl verstanden werden, die große Ansprüche an die staatsmännische Führung durch die Regierung der Bundesrepublik stelle. Sollte eine Einigung in dieser Frage nicht möglich sein, dann werde das sicherlich sehr schädliche Folgen für die politische und militärische Sicherheit des Bündnisses nach sich ziehen.

Der niederländische Abg. **van Traa** betonte eindringlich die Notwendigkeit der Aufklärung der Öffentlichkeit über die eigene Position. Der Öffentlichkeit sei nicht nur zu erklären, in welcher Weise sich das Bündnis einer sowjetischen Bedrohung gegenübersehe, sondern es müsse auch dargestellt werden, wie das Bündnis umgekehrt eine Herausforderung für die Sowjets darstelle. Hier sei an den noch gültigen Harmel-Bericht zu erinnern, der zu seiner Zeit durchaus eine Schau der eigenen Überzeugung und Stärke bedeutete. Der Gedanke liege nahe, die eigenen Verhandlungspositionen in Form eines Paketes zu verknüpfen, das nicht nur Fragen der militärischen Stärke enthalte, sondern auch die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit einbeziehe. Im Hinblick auf die Beziehungen innerhalb des Bündnisses regte der Redner an, das Verhältnis zwischen den USA und Europa nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich genauer zu behandeln. Der vorliegende Bericht gehe zwar auf die Handelsbeziehungen ein, erwähne aber nicht die Währungsbeziehungen. Er persönlich glaube, daß eine stabile Relation zwischen dem Dollar und dem ECU eine Vorbedingung sei für die Darstellung der gegenseitigen Positionen, die man dann auch

der eigenen öffentlichen Meinung nahebringen könne. Was die Nuklearwaffen anlange, so freue er sich, daß der Bericht von einem starken und verständlichen Wunsch im Bündnis spreche, dem schrecklichen Schatten der Atomwaffen zu entinnen. Gleichzeitig sage der Bericht aber auch, die Bündnispartner müßten sich abfinden mit den Zwiespältigkeiten der Strategie der flexiblen Erwiderung. Wenn demzufolge Nuklearwaffen für die vorhersehbare Zukunft hingenommen werden müßten, dann sollte sich dies möglichst bald in einem Rahmen der Rüstungskontrolle vollziehen.

Abg. **Koschnick** (Bundesrepublik Deutschland) gab zu bedenken, daß sich manche der für diese Debatte relevanten Positionen in Fluß befänden. Schon in den nächsten sechs Monaten könne sich vieles geändert haben. In Frankreich und in den Vereinigten Staaten würden wichtige Wahlen stattfinden, und das Nordatlantische Bündnis schicke sich an, die Initiative in Fragen der Rüstungskontrolle zu ergreifen. Über all dies sei auf der Herbsttagung der Versammlung in Hamburg zu sprechen. Im Augenblick stehe man mit leeren Händen da. Bessere Antworten, als sie augenblicklich gegeben werden könnten, seien vonnöten. Er hoffe, daß in sechs Monaten vielleicht schon wirklich bessere Antworten gegeben werden könnten. In der Frage der atomaren Gefechtsfeldwaffen gehe es in Deutschland nicht um Oppositions- oder Regierungspartei. Hier mache man sich Gedanken darüber, wenn von den Verbündeten zu hören sei, im Falle eines Konfliktes in Europa befinde sich in Deutschland die Brandmauer. Dies könne keine Antwort sein. Es müsse im Bündnis allen dieselbe Antwort gegeben werden können. In dieser Frage müsse man sich dafür einsetzen, daß in allen Bündnisländern staatsmännisch gedacht werde, nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Abg. **Knudsen** (Norwegen) und **Frau Reding** (Luxemburg) unterstrichen ebenfalls die Bedeutung der Ausbildung eines europäischen Pfeilers im Bündnis. Die Strategie der Allianz beruhe nach wie vor auf den Grundsätzen des Harmel-Berichtes.

Auf die zentrale Bedeutung der Menschenrechte im Ost-West-Verhältnis wies der portugiesische Abg. **Pereira** hin. Er spreche aus der Erfahrung seines Heimatlandes, das 50 Jahre lang Demokratie und Menschenrechte entbehren mußte. Die Respektierung der Menschenrechte durch die Sowjetunion sei ein Mittel zur Lösung des zentralen Problems im Ost-West-Verhältnis, nämlich der Überwindung der Spaltung Europas. Man könne und müsse fragen, ob es ein realistisches Ziel sei, die europäische Teilung und damit die Ursache aller Spannungen zwischen Ost und West zu überwinden. Die Geschichte und die Tatsachen der europäischen Teilung von Jalta an seien bekannt. Es handele sich um vollendete Tatsachen, gegen die der Westen nichts unternehmen konnte, die er jedoch nie akzeptiert habe. In der Helsinki-Akte habe nun der Westen versichert, daß er diese vollendeten Tatsachen respektiere, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Sowjetunion sich ihrerseits an die Menschenrechte halte. Die Anerkennung der Menschenrechte sei daher der Weg, um mit dem Einverständnis der Sowjetunion die Teilung Europas zu überwinden. Al-

lenthalt müsse der Westen in den Verhandlungen mit der Sowjetunion den Faktor der Menschenrechte ins Spiel bringen.

Abg. **Yavuztürk** (Türkei) unterstrich den Gedanken der Unteilbarkeit der Sicherheit des Bündnisses. Gleichermaßen müßten die Verteidigungslasten unter den Partnern gerecht verteilt werden. Obwohl auch er die Stärkung des europäischen Pfeilers befürworte, riete er jedoch zur Vorsicht bei Ansätzen wie etwa der Schaffung einer europäischen Division oder einer stärkeren Aufgabenspezialisierung unter regionalen Gesichtspunkten. Es dürfe keine Teilung innerhalb des Bündnisses entstehen. Die Zusammenarbeit des Bündnisses als Ganzes müsse hingegen im Einklang mit dem Nordatlantikvertrag auch stärker auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit ausgedehnt werden.

Der belgische Abg. **de Bremaker** ging besonders auf die Rolle der Westeuropäischen Union als möglicher Teil des zukünftigen europäischen Pfeilers im Bündnis ein. Im Gegensatz zur NATO beschränke die Westeuropäische Union ihre Tätigkeit nicht auf das unmittelbare Vertragsgebiet. Hier sehe man die Dinge weltweiter; z. B. hätten sich Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien und die Niederlande nach Konsultationen in der Westeuropäischen Union an der Entsendung von Flotteneinheiten in den Persischen Golf beteiligt. Hier sei der Aspekt eventueller nachfolgender NATO-Verpflichtungen zu bedenken. Was passiere, wenn eine Expedition der Westeuropäischen Union außerhalb des NATO-Vertragsgebiets in ernste Schwierigkeiten käme oder die Sicherheit Europas in Gefahr brächte. Wie stünden dazu die nordamerikanischen Bündnispartner. Dies sei zu bedenken, wenn der zukünftige europäische Pfeiler des Bündnisses sich auf die Westeuropäische Union abstützen sollte, wie es der vorliegende Bericht als denkbar erscheinen lasse. Auch hierin zeige sich die Notwendigkeit der Schaffung der bereits erwähnten westlichen Arbeitsgruppe für globale Sicherheitsfragen.

Abg. **Herrero** (Spanien) forderte, die Stärkung des europäischen Pfeilers müsse einhergehen mit einer ebenso ausgeprägten politischen und wirtschaftlichen transatlantischen Solidarität. Eine Grundvoraussetzung sei auf diesem Gebiet die Liberalisierung des Handels. Sowohl die Europäische Gemeinschaft als auch die Vereinigten Staaten dürften nicht länger einen protektionistischen Kurs steuern. Im Hinblick auf die Westeuropäische Union sei er überzeugt, daß diese sich problemlos in die atlantische Solidarität einfüge. Der Beitritt seines Landes zur WEU eröffne einen Weg der praktischen militärischen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Spanien.

Abg. **Duffy** (Vereinigtes Königreich) sah in dem Bericht eine hilfreiche Diskussionsvorlage für die Behandlung der anstehenden Fragen im Bündnis. Er zeigte sich erfreut über den sich allmählich abzeichnenden Konsens des Bündnisses in der Frage der konventionellen Rüstung. Weniger befriedigend finde er die Darstellung des Gebietes der Atomwaffen. Wie die Aussprache bereits gezeigt habe, könne man einer ausreichenden Unterstützung für die in dem Bericht vorgeschlagene Umstrukturierung der atomaren Ge-

fechtsfeldwaffen nicht sicher sein. Entscheidendes Gewicht komme hier dem Willen der Öffentlichkeit, d. h. des Wählers, zu.

An drei Erfahrungen des Bündnisses, die hoffentlich auch Gültigkeit für die Zukunft besäßen, erinnerte der niederländische Abg. **van Vlijmen**. Die erste Erfahrung betreffe das Interesse der USA an den Ereignissen in Europa. Die USA hätten sich an zwei Weltkriegen in Europa beteiligt und zahllose Menschenleben geopfert, um Frieden und Freiheit in diesem Kontinent wiederherzustellen. Es sei falsch, dieses Interesse der USA lediglich als geopolitisches Eigeninteresse zu interpretieren. Nie in der Geschichte sei ein so mächtiger Staat in dieser Weise als Garant für die Interessen anderer souveräner Staaten aufgetreten. Bei der Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten sei es durchaus angebracht, von seiten der Europäer klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß sie mit ihnen verbündet bleiben wollen, nicht nur als Verbündete in Sicherheitsfragen, sondern weil sie die Amerikaner als ihre Freunde in Freiheit schätzten. Die zweite Erfahrung drücke sich in der fortdauernden Existenz des Nordatlantischen Bündnisses selbst aus. Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen habe es zwischen den Mitgliedstaaten genügend gegeben. Darüber brauche man sich keine Sorgen zu machen, denn jedermann sei sich bewußt, daß derartige Diskussionen normale Äußerungen der demokratischen Lebensfähigkeit dieser Organisation darstellten. Die dritte Erfahrung sei die, daß das Bündnis stets in der Lage war und die Kraft besaß, sich eine offene Diskussion über die Strategie zu leisten. Auch gegenwärtig befinde man sich in einer Situation, in der es notwendig sei, die Frage zu beantworten, ob die bisherige Strategie noch funktioniere. Seiner Ansicht nach müsse die bisherige Strategie der flexiblen Erwidern fortgesetzt werden, denn es gebe nicht so etwas wie eine absolute konventionelle Abschreckung. Jedermann wisse, daß im voratomaren Zeitalter viele Angriffe gegen deutlich überlegene Streitkräfte unternommen worden seien. Allein eine atomare Komponente vermöge in der westlichen Verteidigung Stabilität abzusichern, die mit lediglich konventionellen Mitteln nicht herbeigeführt werden könne.

Der italienische Senator **Boffa** erkannte die ernsthaften und kompetenten Bemühungen des Berichtes um eine Einschätzung der Lage der NATO in den 90er Jahren an. Er warnte jedoch davor, sich hiermit bereits zufrieden zu geben. Es sei Bewegung in die Dinge gekommen. Bedeutende politische Veränderungen hätten sich allein schon seit der letzten Sitzung der Versammlung ereignet: Der INF-Vertrag sei unterzeichnet und ratifiziert worden; zwei Begegnungen hätten zwischen Reagan und Gorbatschow stattgefunden; Vereinbarungen über den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan seien getroffen worden. All dies habe vor nur wenigen Monaten noch niemand erwartet. Der Bericht sage, daß auf die Atomwaffen nicht verzichtet werden könne und er spreche offen von der Möglichkeit, daß mehr Länder noch die Atomwaffe erwerben könnten, obwohl es einen Atomsperrvertrag gibt. Man dürfe jedoch auch nicht vergessen, daß das Vorhandensein dieser Waffen der öffentlichen Meinung Schwierigkeiten bereite. Als

italienischer Kommunist befürwortete er die Ausbildung des europäischen Pfeilers im Atlantischen Bündnis, denn Europa brauche mehr Mitsprache und müsse auch mehr Verantwortung übernehmen. Es sei jedoch weder möglich noch wünschenswert, daß Europa sich zu einer Art „dritter Block“ oder zu einer neuen Supermacht entwickle.

Als letzter Redner sprach sich Abg. **Velsand** (Norwegen) für ein aktiveres, besser zusammenarbeitendes Europa innerhalb der NATO aus. Mit Entschiedenheit wies er jedoch die Aussage des Berichtes zurück, die Westeuropäische Union biete vielversprechende Möglichkeiten als zukünftige europäische Säule des Bündnisses. Er wisse nicht, ob es klug wäre, außerhalb der NATO-Strukturen etwas aufzubauen, daß sich mit Fragen befassen solle, die schließlich innerhalb der NATO geregelt werden sollten. Er pflichte seinem dänischen Kollegen Budtz bei, der in einem solchen Verfahren die Gefahr einer Spaltung der europäischen Partner innerhalb der Allianz befürchte. Er erinnere an die Tatsache, daß nicht alle europäischen NATO-Mitglieder auch Mitglied der WEU oder der Europäischen Gemeinschaft seien. Wichtige Entscheidungen über die militärische Zusammenarbeit in

Europa drohten in Gremien gefällt zu werden, an denen nicht alle NATO-Länder beteiligt seien.

Abschließend dankte der Präsident der Versammlung, der niederländische Abg. **Frinking**, allen Teilnehmern an der Aussprache für ihre Kommentare zu dem Bericht des Ausschusses „Die NATO in den 90er Jahren“. Er hob noch einmal drei Punkte hervor, die nach seiner Ansicht zu den zentralen Aussagen des Berichtes gehörten. Erstens dürfe keiner der Vorschläge, die eine Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb des Bündnisses bezweckten, im Sinne einer Alternative zur NATO ausgelegt werden. Zweitens käme der WEU und den Europäischen Gemeinschaften eine wichtige Rolle bei der Ausbildung des europäischen Pfeilers zu. Hinsichtlich der Verantwortung für Sicherheitsprobleme außerhalb des Bündnisgebietes sollten sich die europäischen Länder nicht hinter institutionellen Problemen verschanzen. Drittens sei die Idee, daß ganz Europa oder Teile Europas atomwaffenfrei gestaltet werden sollten, nicht vereinbar mit den NATO-Verpflichtungen. Wenn die öffentliche Meinung diese Realität nicht erfasse, dann hätten die Parlamentarier in ihrer Aufgabe als Meinungsbildner versagt.

Bonn, den 30. Juni 1988

Prof. Dr. Manfred Abelein, MdB
Leiter der Delegation

